



Der Krieg in der Ukraine

S1 - BAG GuK Tagung Frankfurt

S2 - Peter Wahl

S7 - ATTAG Aschaffenburg, R.F

S10 - Demo 1. Okt: Links / Redebeitrag M. Jochheim

S12 - 22.10.2022 Erklärung aus der Friedensbewegung zum Aktionstag „Solidarischer Herbst“

S13 - Lektüren: Newsletter, Rundbriefe, Publikationen

S13 - Termine

- attac GuK- Ortsgruppen

- bundesweite Aktionstage und Gedenktage

S16 - Plakate

Hinweis: Beiträge (externer) Autoren und Verlinkungen geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der bundesweiten AG Globalisierung & Krieg // Ansprechpartnerin: Martina Jäger – Email: martinajaeger@posteo.de // Nächster Newsletter soll Anfang Dezember erscheinen

Rückblick Tagung GuK 23. und 24, September in Frankfurt



Ukraine - Wege zum Frieden - Den globalen Krieg verhindern!
Matthias Jochheim

Konferenz in Frankfurt/M am 23. und 24. September 2022 (Schwerpunkt der 23. September)

Unsere Konferenz über den Ukraine-Krieg, seine Folgen, und Wege zu seiner Überwindung fand mehr als ein halbes Jahr nach dem Einmarsch der russischen Truppen statt, zu einer Zeit fortgesetzter und ausgeweiteter Kämpfe.

Bei der Podiumsdiskussion am Freitag war in der Bewertung der aktuellen Lage zwischen dem langjährigen hohen UN-Diplomaten Michael von der Schulenburg und dem international vernetzten, erfahrenen Friedensaktivisten Reiner Braun grundsätzliche Übereinstimmung festzustellen: die Lage im Donbass ist aktuell von einer friedlichen Lösung weiter entfernt als noch vor Monaten. Die offenbar bevorstehende Annektion von Luhansk und Donezk durch die russische Föderation erhöht die Schwelle für Verhandlungen, die implizite Drohung mit nuklearer Kriegsführung zeigt die ungeheure Bedrohung, die hier über Europa liegt.

Die Tagung ließ keinen Zweifel an der schuldhaften Verantwortung der russischen Regierung, aber machte auch deutlich, wie die westlichen NATO-Regierungen, voran die USA, die Eskalation offenbar bewusst in Kauf genommen, ja befördert haben, etwa durch Waffenlieferungen. Aus seinen internationalen Verbindungen berichtete Schulenburg, weltweit äußerten die meisten Staaten, der Krieg sei Folge der US-Aggression. Putin sei weltweit nicht isoliert. So seien etwa in Asien nur Taiwan, eingeschränkt auch Süd-Korea (und darüber hinaus Australien) „pro USA“. Großer Verlierer des Krieges sei insbesondere die Ukraine, die bereits vor dem russischen Angriff - vom Einkommen der Bürger*innen her - das ärmste Land Europas war.

Erinnert wurde an einen im Juni diesen Jahres veröffentlichten, im Vatikan erarbeiteten Plan von erfahrenen Politikern, Wissenschaftlerinnen und Diplomaten - darunter auch von der Schulenburg -, für einen Waffenstillstand und Elemente einer Friedenslösung für die Ukraine – angesichts der aktuellen Eskalation zur Zeit ohne kurzfristige Umsetzungsperspektive. Dabei – so Schulenburg – wäre der jetzige Stand des Krieges, durch die nach wie vor bestehende räumliche Begrenzung der Kampfhandlungen, zu nutzen. Tatsächlich redeten die Beteiligten aber nur über Waffen statt über Friedenspläne. Dazu hatten auch ausländische Akteure, etwa die britische und die US-Regierung, beigetragen. Nur in Teilbereichen konnten Ansätze zur Kooperation beobachtet werden – etwa bei der Einigung über (zeitweise) Getreideexporte aus ukrainischen Häfen, oder auch in der Vereinbarung über Gefangenenaustausch.

Reiner Braun brachte die Perspektive der Friedensbewegung ein – die Bedeutung der „sozialen Verteidigung“, d.h. gewaltloser Widerstandsformen gegen militärische Aggression. Ziel müsse sein, nicht den Krieg, sondern den Frieden zu gewinnen.

Hier die Aufzeichnung der Podiumsdiskussion am 23.9.:

- <https://www.youtube.com/watch?v=H9t75WX4Two>

Am zweiten Tag unserer Konferenz befassten wir uns mit den einzelnen Aspekten des Krieges,

- der Konfliktanalyse:
https://www.youtube.com/watch?v=joMV_Y4wGCw
- Vorgeschichte und ökonomische Wirkungen
<https://www.youtube.com/watch?v=-fhzPDZzBkc>
- nukleare Drohung
<https://www.youtube.com/watch?v=8kQ9KjJMXtY>
- Konsequenzen des Krieges und Agieren der EU, (Manuskript wurde vorgelesen)
<https://www.youtube.com/watch?v=rnGzvkaLWCKährungslage>

Der Vortrag zur aktuellen globalen Ernährungslage liegt als Audio-Datei vor.

Es war, so die überwiegende Resonanz, eine gehaltvolle Tagung zu einem belastenden, äußerst brisanten Thema, zu dem eine kritikfähige Öffentlichkeit in hohem Maße nötig ist. In einer Zeit, die gesellschaftlich Zeichen der Schock-Starre erkennen lässt, ist die offene Debatte wesentlich für die Überwindung der Paralyse.

Veröffentlichungen Peter Wahl und Attac GuK Aschaffenburg zum Ukrainekrieg

Peter Wahl, vom 13.9.2022, erschienen in Makroskop am 13.9.2022

Ukraine: Schießen oder verhandeln? Von Peter Wahl

https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/Gruppen/Wuerzburg/2022martina/ukraine-schiessen-oder-verhandeln.pdf

Nach mehr als sechs Monaten Krieg in der Ukraine scheint ein Ende in weite Ferne gerückt. Washington und Brüssel steigern die Waffenlieferungen an Kiew, und der Wirtschaftskrieg wird immer dramatischer. Doch es mehren sich Stimmen, die für Verhandlungen plädieren. Noch gelten sie als unrealistisch und unmoralisch.

Mehrere Versuche gab es in den letzten Monaten, um die Gegner an den Verhandlungstisch zu bringen: angefangen bei der Initiative Mario Draghis, über Appelle des UN-Generalsekretärs bis zur Erklärung der internationalen Arbeitsgruppe um Romani Prodi und Jeffrey Sachs. Doch all diese Bemühungen schafften es nicht, eine öffentliche Diskussion loszutreten, sofern sie von den großen Medien überhaupt wahrgenommen wurden. Dort sind Alternativen zur militärischen Logik unerwünscht. Sie könnten das neue TINA-Prinzip in Frage stellen: there is no alternative to Waffenlieferungen und Sanktionen.

Wer dann doch in der Tagesschau, FAZ oder taz vorkommt, wie etwa der von Alice Schwarzer initiierte Promi-Brief an Olaf Scholz, wird als Lumpenpazifist beleidigt, mit Nazi-Vergleichen eingedeckt und gilt als „fünfte Kolonne Moskaus“. „Defätisten“ wollten „einen Waffenstillstand von Putins Gnaden herbeireden,“ so die FAZ am 5. September, und selbst der Chef des Vatikans wurde ganz in diesem Propagandasound aus Blut und Eisen zu „Putins Papst“ ernannt (FAZ 25.8.).

Komplementäres Gegenstück zur Diskreditierung von Kritikern der kriegerischen Politik ist die Selbsterhöhung der Anhänger von Waffenlieferungen und Durchhalteparolen. Sie halten sich für die Inkarnation moralischer Überlegenheit. Die moralische Diskreditierung von Kritik am offiziellen Kurs soll einschüchtern und ist nicht völlig wirkungslos. Selbst bis in Teile der gesellschaftlichen Linken und der Friedensbewegung ist sie spürbar. Daher sollte sie etwas genauer unter die Lupe genommen werden.

Moral und Pseudomoral

Die moralische Sicht auf diesen Krieg hat für ihre User durchaus Vorteile. Vor allem vereinfacht sie die Dinge sehr. Denn Moral analysiert nicht, sondern urteilt und verurteilt. Dabei muss man nur mit zwei Variablen arbeiten: Gut und Böse. Komplexe Probleme, deren Verständnis und Lösung eine gewisse intellektuelle Anstrengung und Differenzierungsvermögen erfordern, erscheinen dann plötzlich ganz einfach. Eine Analyse der strukturellen und historischen Zusammenhänge, aus denen heraus der Krieg entstand, eigentlich eine Selbstverständlichkeit, ist dann überflüssig.

Moral hat aber auch einen großen Nachteil: sie ist unteilbar. Wer selbst immer mal wieder andere Länder überfällt – wie das Deutschland 1999 im Verein mit der NATO gegen Jugoslawien tat, oder die Ukraine, die 2003 das sechstgrößte Truppenkontingent (von 36) in George W. Bushs Koalition der Willigen im Krieg gegen den Irak stellte –, wird moralisch unglaubwürdig, wenn er das Böse nur bei den andern sieht. Aus Moral wird dann Doppelmoral – und die ist unmoralisch. Dabei geht es hier nicht darum, Moral prinzipiell in Frage zu stellen. Als normative Orientierung ist sie nicht nur legitim, sondern es braucht Wertvorstellungen, die als Kompass die Richtung praktischen Handelns vorgeben. Allerdings lassen sich moralische Ideale nicht bruchlos in Alltagspraxisübertagen, und schon gar nicht in die komplizierten Zusammenhänge der internationalen Beziehungen.

In diesem Zusammenhang kommt ein weiterer Nachteil von Moral ins Spiel: die Rigorosität ihres Geltungsanspruchs. Moral kann keine Kompromisse machen, ohne sich aufzugeben. Das reale Leben verlangt aber auf Schritt und Tritt Kompromisse von uns, und in unserem Konzept von Demokratie ist der Kompromiss sogar essentiell.

Max Weber hat versucht das Dilemma so aufzulösen, dass er zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik unterschied. Wie sinnvoll das ist, sei dahingestellt. Aber für den Krieg in der Ukraine ist den Anhängern militärischer Lösungen weder das eine noch das andere zuzubilligen. Denn ihr Kriegsziel – sei es ein militärischer Sieg der Ukraine, oder auch nur die militärische Durchsetzung einer starken Verhandlungsposition – ist weder moralisch noch verantwortungsvoll.

Der Tod der anderen

Denn moralisch völlig inakzeptabel ist es, auf unkalkulierbare Zeit eine unkalkulierbare Zahl von Menschen in den Tod zu schicken. Baerbock & Co. können sich nicht kaltschnäuzig um die Frage drücken, ob sie zehntausend, fünfzigtausend, hunderttausend oder mehr tote Soldaten und Zivilisten akzeptieren, um ihr Kriegsziel zu erreichen. Der Tod der anderen, von dem Anführer, Könige, Herrschende schon immer meinten, dass sie das Recht hätten, ihn einfordern zu können, ist moralisch verwerflich. Das gilt gleichermaßen für Putin wie für Selenskij, für Biden, Scholz und tutti quanti.

Umgekehrt liegt hier die wichtigste moralische Legitimation für glaubwürdige Friedenspolitik. In einer wertebasierten Außenpolitik, die diesen Namen verdient, steht Frieden an erster Stelle, so wie Frieden auch der Zentralbegriff des Völkerrechts ist. Und gleiches gilt für die Menschenrechte. In der Menschenrechtserklärung der UNO von 1948 steht an der Spitze aller Rechte nicht zufällig das Recht auf Leben.

Zudem tritt die Brüchigkeit der moralischen Sichtweise besonders deutlich zutage, wenn das verbale Kriegertum sich wohl geborgen tausend Kilometer weit vom Schuss abspielt: kämpfen bis zum letzten Ukrainer – das hat mit Moral nichts zu tun.

Solidarität mit der Ukraine heißt daher zuallererst sich dafür einzusetzen, dass das Töten aufhört. Die Befürworter von Verhandlungen haben also nicht den geringsten Anlass, sich von einer Pseudomoral einschüchtern zu lassen, deren Repertoire zur Beendigung des Krieges auf das Militärische geschrumpft ist.

Aber auch aus moralischer Verantwortung gegenüber Dritten, insbesondere gegenüber den armen Ländern, ist ein baldiger Stopp des Krieges erforderlich.

Der Wirtschaftskrieg, in dem der Westen sein ökonomisches Potential in nie gekanntem Maße ausspielt, nimmt die Zunahme von Armut, Hunger und Tod im Globalen Süden und noch mehr Chaos in der Weltwirtschaft als Kollateralschaden in Kauf.

Last but not least absorbiert der Krieg die politischen und materiellen Ressourcen, die dringend für die Bekämpfung des Klimawandels, des Artensterbens und der anderen Umweltprobleme benötigt werden. Die Uhr läuft, die Welt läuft immer schneller auf die Kippunkte zu, an denen irreversible Schäden eintreten.

It's geopolitics – stupid

Neben der Konfliktdimensionen, die aus dem chaotischen Zerfall der Sowjetunion entstanden sind – Minderheiten- und Sprachprobleme, Grenzstreitigkeiten und ähnliches, die zum Beispiel auch zum Krieg zwischen Armenien und Aserbeidschan führten – ist dieser Krieg eine internationale machtpolitische Auseinandersetzung, ein geopolitischer Stellvertreterkrieg. Das sieht man auch in Washington so. Von einem „proxy war with NATO“, spricht etwa Hal Brands, Mitarbeiter im US-Außenministerium. In seinem lesenswerten Artikel „Why Superpower Crises Are a Good Thing“ zeigt er die Chancen auf, die der Krieg für Washington bietet.

Tatsächlich ist die Stellvertreterdimension inzwischen der dominante Treiber des Krieges. Die Internationalisierung führt allerdings dazu, dass die Komplexität des Konflikts und die damit verbundenen Risiken um Größenordnungen größer werden. Damit wird auch das Argument obsolet, wir dürften der Ukraine nicht von außen vorschreiben, was sie zu tun habe. Es gibt kein Außen mehr.

Dass eine Atommacht gegen ein atomwaffenloses Land Krieg führt, ist dabei nicht das Besondere. Die USA haben das in Dutzenden Fällen ebenfalls getan.

Ebenso Frankreich, Großbritannien und Israel. Ginge es nur um die Ukraine, wäre das Risiko einer atomaren Eskalation gering. Durch die Internationalisierung entsteht aber eine neue Brisanz. Denn zum ersten Mal seit der Kuba-Krise ist die potentielle Verschiebung des atomaren Gleichgewichts direkt ein zentraler Gegenstand des Konflikts. Und das unter Bedingungen, in denen fast alle Rüstungskontrollverträge aus dem Kalten Krieg gekündigt sind und technologische Umbrüche in der Kriegführung – wie Digitalisierung, Cyberkrieg, Miniaturisierung von Atomwaffen, Hyperschallträger etc., – die globale Sicherheitslage enorm destabilisieren.

In dieser Situation befürchtet der Kreml, die Ukraine könnte zum Kuba vor Russlands Haustür werden. Das atomare Patt ist aber das einzige Terrain, auf dem Moskau Supermachtstatus hat und mit den USA auf Augenhöhe liegt. Bei allen anderen Machtressourcen – vom konventionellen Militär, über Ökonomie, Technologie bis zur Soft Power – gibt es eine eklatante Unterlegenheit Russlands.

Außerdem steigt durch die Vielzahl der Akteure das Risiko einer ungewollten Eskalation. Sei es durch technische Pannen oder gezielte Provokationen untergeordneter Spieler, zum Beispiel einer Blockade Kaliningrads durch Litauen. Vilnius hatte sich schon mit der Etablierung einer Vertretung Taiwans als besonders provokationsfreudig gezeigt – vermutlich mit Washington abgesprochen.

Bei der Teilblockade der Eisenbahnverbindung nach Kaliningrad im Juli bekam aber selbst die EU-Kommission kalte Füße und setzte eine Deeskalation durch. Das war keine Kapitulation vor russischen Drohungen, sondern die rationale Einsicht, dass Draufgängertum im Atomzeitalter reiner Irrwitz ist. Wer mit machohaftem Dünkel – der keineswegs auf Männer beschränkt ist – meint, man dürfe Russland keine Zugeständnisse machen, verkennt die Gefahr mit der die Menschheit seit Hiroshima leben muss. Es ist der „Mut der Unwissenden“, wie der sächsische Ministerpräsident es in seinem Plädoyer für ein Einfrieren des Konflikts formulierte.

Unrealistisch?

Aber Verhandlungen seien völlig unrealistisch, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt, heißt es. Solange nicht mindestens eine der Kriegsparteien erschöpft sei, würde es keine Verhandlungen geben. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass jene, die unter der Parole Solidarität mit der Ukraine militärische Hilfe verstehen, mit völlig unrealistischen Spekulationen

arbeiten. Russland hat seit dem 24. Februar die Kontrolle über ein Terrain von ca. 100.000 Quadratkilometern gewonnen. Das entspricht fast der Fläche der Niederlande, Belgiens und der Schweiz zusammen. Nimmt man die Krim dazu, die Kiew zurückholen will, ist das ein Gebiet von der Größenordnung Englands. All das gegen einen Gegner zurückzuerobern, der noch lange nicht erschöpft ist, und das, obwohl Angriff in der Regel dreimal mehr Ressourcen erfordert als Verteidigung, ist pure Illusion.

Die von Selenskij angekündigte Großoffensive zur Rückeroberung der Großstadt Cherson im Süden ist inzwischen zu einer Operation mit taktischer Reichweite im Gebiet Charkiw im Osten geworden. Schon im Juni schrieb der ehemalige Generalstabsoffizier der Schweizer Armee Jacques Baud dazu, dass die Funktion der russischen Truppen in dieser Region „lediglich“ darin bestünde „die ukrainischen Streitkräfte zu binden.“ Es handelt sich um Territorium außerhalb des Gebiets Lugansk im Donbass, und seine Eroberung gehört daher nicht zum Kern der russischen Kriegsziele. Es ist nicht das erste Mal, dass sich russische Truppen zurückziehen. Der Abzug aus der Region Kiew in der Anfangsphase des Krieges oder von der Schlangeninsel im Schwarzen Meer im Juli sind frühere Beispiele. An der strategischen Gesamtlage hat sich dadurch nichts geändert.

Allerdings werden solche begrenzten Teilerfolge als Beleg für ukrainische Siegchancen überschätzt und erzeugen trügerische Hoffnungen, wie die Frontberichterstattung in unseren Medien dieser Tage demonstriert. Sie dient dazu, die Kampfmoral an der Heimatfront aufrecht zu erhalten, und die Forderung nach Lieferung moderner Kampfpanzer zu rechtfertigen. Am Ende würde das zu einer militärischen Eskalation führen, den Blutzoll erhöhen und Verhandlungen noch mehr erschweren.

Zudem ist die Behauptung, keine Seite wolle verhandeln, so nicht richtig. Moskau signalisiert immer mal wieder, dass es zu Verhandlungen bereit wäre, so Außenminister Lawrow erneut am 11. September – ganz im Gegensatz zu Selenskij. Selbst wenn es sich erst mal nur Worte im Propagandakrieg handelt, müsste eine Regierung mit Friedenswillen versuchen, sie auf ihre Ernsthaftigkeit zu testen. Schließlich war Moskau im Getreidedeal zu Verhandlungen bereit, ebenso wie bei der Vereinbarung mit der Internationalen Atomenergiebehörde zum AKW Saporoschje.

Doch in der EU hat anscheinend niemand die Courage, eine diplomatische Initiative zu ergreifen. Es ist bezeichnend, dass zwar Macron und Scholz noch manchmal mit Putin telefonieren, aber Joe Biden seit Beginn des Krieges kein einziges Mal zum Hörer gegriffen hat. In Moskau geht man zurecht davon aus, dass Paris und Berlin in der Sache nichts zu melden haben. Denn ein Effekt dieses Krieges ist, dass der Traum von der strategischen Autonomie der EU vorerst ausgeträumt ist. Aber das bedeutet nicht, dass die Zukunft wie ein mechanisches Uhrwerk alternativlos abläuft. Die Kräfteverhältnisse in diesem Krieg können nicht auf die militärischen reduziert werden. Auch wenn die Sanktionen durchaus Schaden in der russischen Wirtschaft anrichten und der IWF ein Schrumpfen des Bruttoinlandprodukts um 8,5 Prozent prognostiziert, so wird gleichzeitig für die Ukraine ein Minus von 35 Prozent vorausgesagt. Die sozialen Konsequenzen für die Bevölkerung sind schon jetzt dramatisch und werden in den Wintermonaten noch drastischere Formen annehmen – mit entsprechenden Auswirkungen auf die militärische Lage.

Alternativen in die Debatte einbringen

Richtig ist, dass diejenigen, die einen Einstieg in Verhandlungen fordern, auf die militärische und ökonomische Entwicklung keinen Einfluss haben. Das aber heißt nicht, völlig machtlos zu sein. Ihr Terrain ist die Beeinflussung des Meinungsklimas bei uns. Verhandlungen als Alternative zum Krieg in der innenpolitischen Debatte stark zu machen, ist eine politische Produktivkraft, mit der Druck aus der Gesellschaft entstehen kann. Kräfteverhältnisse sind nicht statisch, sie können durch Eingreifen von unten verändert werden. Und dafür stehen die Chancen besser, als es scheint.

So zeigen Umfragen, dass der Konsens, der in Politik und Medien demonstriert wird, keineswegs der Stimmung in der Bevölkerung entspricht. Eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass die sogenannte Zeitenwende „Deutschland nicht in ein vollkommen anderes Land verwandelt, denn die öffentliche Meinung hält weiter an Pragmatismus und Pazifismus fest

Die Skepsis gegenüber militärischen Mitteln hat sich seit Beginn des Kriegessogars verstärkt.“ So waren bei einer Umfrage im Mai 49 Prozent der Meinung:

„Das Wichtigste ist, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, auch wenn das bedeutet, dass die Ukraine die Kontrolle über Gebiete an

Russland abgibt.

“Nur 19 Prozent meinen, man müsse „Russland für seine Aggression bestrafen, auch wenn dies bedeutet, dass mehr Ukrainerinnen getötet und vertrieben werden.“

Auch nach einer FORSA-Umfrage von Ende August wollen 77 Prozent der Deutschen, dass der Westen Verhandlungen aufnimmt. Nur 32 Prozent befürworten die Lieferung schwerer Waffen, 62 Prozent sind dagegen.

Sehr interessant ist auch eine frische Umfrage aus Frankreich. Demnach votieren zwar noch 40 Prozent der Franzosen für die Unterstützung der Ukraine

und Sanktionen gegen Russland. Aber gegenüber der vorherigen Befragung ist diese Quote um 6 Prozent zurückgegangen, während der Anteil derer, für die

Inflation und Kaufkraftverlust absolute Priorität hat, um 8 auf 27 Prozent zugelegt hat. Und das, während es draußen noch mild ist und die toxische Mischung aus Krieg, Energiekrise, Inflation, Corona und sozialer Krise noch kaum spürbar.

Friedenspolitische Alternativen als politische Produktivkraft. Aber man sollte sich nicht nur auf die Kriegsmüdigkeit stützen, auch wenn sie ein willkommener Verbündeter der Friedenspolitik ist. Auch die im engeren Sinne friedenspolitischen Alternativen müssen anschaulich gemacht werden, selbst wenn sie nicht sofort realisierbar sind. Wie bei anderen Themen ist das

Aufzeigen von Alternativen eine Produktivkraft, die Motivation und politisches Engagement erzeugt. Es geht zunächst darum, das Meinungsmonopol des militärischen Narrativs zu brechen.

In der Vielzahl der inzwischen vorliegenden Vorschläge kristallisieren sich als Kern folgende Punkte heraus:

- als erstes muss ein Waffenstillstand zustande kommen; dazu wird es Vermittler bedürfen. In Frage kommen dafür die UNO und neutrale Staaten, gegebenenfalls in Kombination;
- der Waffenstillstand könnte Ausgangspunkt für die Bildung einer entmilitarisierten Zone werden, in der UNO-Blauhelme stationiert werden;
- die Ukraine braucht Sicherheitsgarantien. Die könnten durch Garantiemächte gewährleistet werden, am besten durch solche, die nicht Konfliktpartei sind, wie Indien, die Türkei oder Südafrika, ggf. aber auch gemischt mit Partnern beider Seiten;
- für die russischen Interessen ist zentral, dass die Ukraine nicht zum militärischen Brückenkopf von USA/NATO wird;
- für die Lösung der Territorialfragen könnten nach einigen Jahren Volksabstimmungen unter internationaler Aufsicht durchgeführt werden.

Modell könnte das Saarland sein, das nach dem Krieg zehn Jahre unter französischer Verwaltung stand. 1955 entschieden sich 67,7 Prozent der Saarländer für den Beitritt zur Bundesrepublik. Die unterlegene Minderheit muss die Option zum Wechsel in das andere Land haben, flankiert durch soziale Unterstützung;

- als positive Anreize ist ein internationales Wiederaufbauprogramm für alle vom Krieg betroffenen Regionen aufzulegen, auch der unter russischer Kontrolle;
- die Sanktionen werden Zug um Zug abgebaut;
- Als weiterer Anreiz für Russland werden Verhandlungen zur strategischen Rüstungskontrolle gestartet;
- als längerfristige Perspektive beginnt eine Konferenz über eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur.
- So oder so ähnlich sähe die Agenda einer Friedenskonferenz aus. Sie wäre schwierig und würde mit Rückschlägen zu kämpfen haben. Und natürlich würden
- alle Seiten Kröten schlucken und Maximalpositionen aufgeben müssen. Aber das gehört nun mal zum Wesen des Kompromisses.

Attac Aschaffenburg zum Ukrainekrieg (RF)

https://www.attac-aschaffenburg.de/fileadmin/user_upload/Gruppen/Aschaffenburg/dokumente/pdf/Ukraine-Input-Antikriegstag2.pdf

Kriege fallen nicht vom Himmel – schon gar nicht über Nacht Ukraine: Wann begann der Krieg und warum? Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf ukrainisches Territorium am 24. Februar startete eine ungeheure Propagandawelle - nicht nur auf beiden Seiten der direkten Kontrahenten. Kernbotschaft in westlichen Medien: „Über Nacht hat sich die Welt verändert.“ oder „Wir sind am Morgen des 24. Februar in einer neuen Welt aufgewacht.“ Das glauben wir nicht ... in Zeiten, wo weltweit bereits über 20 Kriege wüteten. Äthiopien, Jemen, Kurdistan, Mali, Palästina, ... um nur einige zu nennen. „Was jammert ihr über die Gefahr eines großen Krieges, wir sind seit acht Jahren im Krieg.“ riefen so oder so ähnlich viele UkrainerInnen den Deutschen in den Tagen nach dem 24. Februar entgegen. Ja, das sehen wir auch so, aber doch mit anderen Nuancen als Selensky & Co. Deshalb hier und heute der Schwerpunkt Vorgeschichte! Die klassische Feststellung, dass es die Wahrheit ist, die im Krieg als erstes stirbt, wird gerne von allen zitiert. Auch von denen, die schon seit acht Jahren Krieg führen oder gar seit mehreren Jahrzehnten mit militärischen Mitteln ihre globale Hegemonie behaupten wollen und bis jetzt auch noch behaupten. Propaganda gibt es nach Auffassung des Mainstreams weder in Deutschland noch in der Ukraine. Nach unserer Beobachtung und der von Medienanalysten wirkt sie mit Macht in Bezug auf Jugoslawien, Afghanistan, Irak, ja, auf alle US-geführten Regimechange- und Interventionskriege. Sie wirkt natürlich auch im Konflikt um die politische Zuspitzung in puncto NATO-Osterweiterung. Nicht nur meine These: In dieses offene Messer der Zuspitzung ist Putin leider gerannt. Und mit seinem Angriff auf die Ukraine ist eine noch viel größere Propagandamaschinerie angesprungen. Auf allen Seiten.¹ Bei uns zynisch-triumpfal. Das auszuführen bräuchte einen eigenen Abend. Aber um es gleich hier am Anfang klarzustellen: Ein Angriffskrieg ist ein Angriffskrieg ist ein Angriffskrieg. Und solche sind bekanntlich im Völkerrecht untersagt. Da helfen auch nicht die gebräuchlichen Verschleierungen wie „Kampf für Demokratie und Menschenrechte“, oder „Sondermaßnahmen zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung“ eines Nachbarlandes. Der russische militärische Angriff stellt einen Bruch des Völkerrechts dar. Punkt. In der Frage der Annexion der Krim gab es hier noch verschiedene Interpretationen unter Völkerrechtlern. In Bezug auf die Donbas-Gebiete im Zusammenhang mit der Anerkennung der dortigen Volksrepubliken und ihrer Bitte an Russland um militärische Hilfe gäbe es vielleicht noch Ansätze zu einer Diskussionsgrundlage. Diese gibt es spätestens nicht mehr mit der Bombardierung zentraler ukrainischer Städte. Und was die Umtriebe von Faschisten und Ultranationalisten angeht, hat Putin genauso viel vor der eigenen Haustüre zu kehren wie z. B. die USA in Sachen Menschenrechte. Und nun zur Vorgeschichte im Einzelnen Wer die Vorgeschichte eines Krieges nicht kennt und versteht, wie kann der oder die zu einem Frieden gelangen?

Es ist mir klar, dass die Erinnerung daran den Bellizisten und Propagandisten des seit Februar eingesetzten Hurra-Militarismus schon genügt, jemanden als Relativierer des Völkerrechtsbruches oder Parteigänger der russischen Machthaber zu diffamieren. Sie, die Vorgeschichte, ist einerseits verbunden mit Widersprüchen innerhalb der Ukraine sowie mit geopolitischen Bestrebungen, wie sie z. B. bereits im Buch des ehemaligen Beraters etlicher US-Präsidenten Brzezinski „Die einzige Weltmacht“ (1997!) ausführlich dargestellt wurden (ein sehr großer Teil des Buches befasst sich mit der Ukraine). Hier wird sogar der Zeitraum datiert, ab dem man sich ans Werk und die Ukraine zum Vasallenstaat machen kann. Mit Nennung der Jahreszahl 2008 traf diese Prognose in etwa auch zu. Oder wie Geopolitik deutlich wird in George Friedmans Ausführungen auf dem Chicago Council on Global Affairs 2015: „US-Hauptziel war es immer, ein Bündnis Deutschland + Russland zu verhindern.“² – und er hat dabei die letzten 100 Jahre im Blick.

Gerade aufgrund der Darstellungen in westlichen Medien und in den Einrichtungen für politische Bildung ist es mir und uns ein Anliegen, einige Fakten herauszustellen, die dort im besten Falle übergangen werden. Wie bereits erwähnt, der Krieg begann nicht 2022, sondern als Folge des Staatsstreichs vom Februar 2014. Er begann als Krieg – wohlgemerkt als Krieg – der ukrainischen Regierung gegen etwa vier Millionen Einwohner der heutigen „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk im Donbas. Diese strebten Autonomie gegenüber der Kiewer Regierung an, was in einer Volksabstimmung mit rund 90 Prozent bestätigt wurde. Schon Mitte März 2014 stimmten auf der Krim 96 Prozent mit einer Volksabstimmung für den Beitritt zu Russland. Der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Hermann Klenner hat dazu bereits am 16. Juni 2014 einen differenzierend erhellenden Artikel verfasst.³ Die Ukraine selbst hatte sich seinerzeit Ende 1991 mit einer Volksabstimmung für unabhängig erklärt, erkannte nun aber die Volksabstimmungen im Donbas und der Krim nicht an. Sie behauptete, Russland habe ukrainisches Territorium illegal „besetzt“ (Donbas) bzw. „annektiert“ (Krim), sprach und spricht heute noch von Separatisten und Terroristen und reagierte mit Krieg. Ausgangspunkt des Kriegs: Der Staatsstreich vom 22.2.2014 Auch der hatte eine Vorgeschichte: Im Dezember 2013 entstand auf dem Kiewer Maidan eine breite Protestbewegung gegen Korruption und Verarmung, die den Rücktritt des regulär gewählten Präsidenten Janukowitsch forderte. Faschisten der Partei Swoboda, die die Ukraine von allem „Nicht-Ukrainischen“ säubern will⁴, setzten sich an die Spitze. Die Ukraine brauchte zu dieser Zeit einen hohen Kredit. Der Westen (IWF) versprach 15 Mrd. unter den üblichen Strukturanpassungs-Bedingungen (Privatisierung, Liberalisierung, ... und der Unterzeichnung eines EU-Assoziierungsabkommens). Putin versprach den Kredit ebenso, allerdings ohne solche Bedingungen. Janukowitsch verweigerte 2014 dann die Unterschrift unter das

EU-Assoziierungsabkommen. Janukowitsch wurde fälschlicherweise ein Massaker angelastet.⁵ Vor allem aus den oberen Etagen des schwer bewachten Hauptquartiers der Maidan-Kräfte erschossen Scharfschützen 44 Menschen. Sie und ihre Hintermänner wurden nie gerichtlich verfolgt. Janukowitsch wurde unter Bruch der Verfassung abgesetzt. Swoboda stellte drei Minister und den Generalstaatsanwalt. Ziel der neuen Regierung war, „unseren endgültigen Bruch mit dem russischen Reich des Bösen zu festigen“⁶, so Präsident Poroschenko wenig später. Die Menschen in der Ost- und Südukraine haben seit jeher enge Beziehungen zu diesem „Reich des Bösen“. Sie sahen sich bedroht und wollten von einer solchen Regierung nicht regiert werden. Am Tag nach dem Staatsstreich wurde auf Antrag von Swoboda ein Sprachengesetz beschlossen, das Russisch als Amtssprache verbot. Es wurde jedoch zeitweise ausgesetzt, weil es massive Proteste gab. Zwei Tage nach seiner herangeputzten Neuwahl unterschrieb Poroschenko das EU-Assoziierungsabkommen. Es beseitigte u. a. den zollfreien Handel mit Russland, von dem die Bergbau-, Stahl- und Metallindustrie des Donbas zu einem bedeutenden Teil abhing. Janukowitsch hatte die Unterschrift verweigert, nicht weil er den Beitritt zur EU verhindern, sondern weil er die Interessen der EU und Russlands besser ausbalancieren wollte. Vor allem der „Herr über den kohle- und stahlreichen Donbass“ (Welt 22.02.2014) unterstützte ihn, der Oligarch Rinat Achmetow. Achmetow hatte sein Vermögen seit 2010 bis 2014 von rund fünf auf 12,5 Milliarden Dollar gesteigert. Nach dem Sturz Janukowitschs halbierte sich sein Vermögen. Doch noch während der Proteste auf dem Maidan wechselte Achmetow die Fronten.

Er unterstützte nach dem Sturz von Janukowitsch die Übergangsregierung und ihren Krieg zur Rückeroberung des Donbas, weil er die Abspaltung zu Russland befürchtete. Die territoriale Integrität der Ukraine müsse gewahrt bleiben.⁷ Der Ukrainekrieg hätte 2015 beendet werden können.

Die von korrupten Oligarchen beherrschte Ukraine⁸ akzeptiert den Staatsstreich und die Straflosigkeit von Massenmord, nicht aber Volksabstimmungen. Ihre Armee bombardierte im Donbas Wohnhäuser, Schulen, Verwaltungen und Fabriken. Bis zum Waffenstillstand Anfang 2015 sollen ihrer „antiterroristischen Operation“ 9.000 Zivilisten der „Volksrepubliken“ zum Opfer gefallen sein. Nationalisten und Faschisten verfolgten alles Russische. Am 2. Mai 2014 setzten sie in Odessa das Gewerkschaftshaus in Brand. Mindestens 48 als „prorussisch“ geltende Menschen verbrannten oder wurden erschlagen. Die Täter blieben straffrei. Der Gouverneur von Odessa nannte die Brandstiftung „legal“, um „bewaffnete Terroristen zu neutralisieren“.⁹ Das war eine Warnung an die „Volksrepubliken“. All das stieß im „Westen“ nicht auf Kritik. Waffenstillstandsabkommen von Minsk Die Freiwilligenverbände der „Volksrepubliken“ fügten der ukrainischen Armee 2014/15 schwere Niederlagen zu. Das machte Kiew bereit für Zugeständnisse. Die Ukraine, Russland und die „Volksrepubliken“ unterschrieben zwei Waffenstillstandsabkommen (zuletzt Minsk II im Februar 2015). Die Ukraine verpflichtete sich, mit Vertretern der „Volksrepubliken“ ein Gesetz zur „zeitweisen Selbstverwaltung einiger Bezirke des Donezker und Lugansker Gebiets“ auszuhandeln und es bis Ende 2015 in der Verfassung zu verankern. Die Präsidenten Poroschenko (2014-2019) und Selensky (ab 2019) versprachen, Minsk II umzusetzen und dadurch Frieden zu schaffen. Sie weigerten sich aber, mit „Terroristen“ zu verhandeln, obwohl die Ukraine mit eben diesen „Terroristen“ die Minsker Abkommen unterzeichnet hatte. Sieben Jahre vergingen, bis auch die „Volksrepubliken“ Minsk II begruben und sich Anfang 2022 zu unabhängigen Staaten erklärten. Erst dann erkannte Russland sie an und überfiel die Ukraine mit dem erklärten Ziel, das Land zu „entnazifizieren“ und „entmilitarisieren.“ Das ist ebenso völkerrechtswidrig wie 1999 der Angriffskrieg der westlichen „Wertegemeins

chaft“ auf Serbien, der die Abspaltung des Kosovo erzwang. Russland erkannte seinerzeit 1991 die Volksabstimmung zur Unabhängigkeitserklärung der Ukraine an, heute nun nicht mehr. Vielmehr lässt sich Putin zu Geschichtsrevisionen hinreißen „In der Verfassung der UdSSR von 1924 wurde das Recht auf freien Austritt der Republiken aus der Union eingeführt. Damit wurde die gefährlichste ‚Zeitbombe‘ im Fundament unserer Staatlichkeit gelegt.“¹⁰ So Putin im Februar 2022. Es gebe für ihn keine ukrainische, sondern nur eine „dreieinige russische Nation“ aus Groß-, Weiß- und Kleinrussen (Ukrainern).¹¹ Putin vertritt den großrussischen Nationalismus einer kapitalistischen Großmacht (er ist übrigens auch ein Getriebener von Ultra-Nationalisten). Umgekehrt erkennt die Ukraine alle Ethnien als „angestammte Minderheit“ an, außer der größten, der russischen. Nur ihr verbietet ein neues nationalistisches Sprachengesetz (beschlossen schon 2019, umgesetzt seit Februar 2022) den Gebrauch ihrer Sprache im öffentlichen Verkehr.¹² Zweck ist, „das Russische abzuwürgen.“¹³ Kanzler Scholz stellte fest: „Es gibt eine ukrainische Nation, und sie umfasst diejenigen, die die ukrainische Sprache als Muttersprache sprechen und auch den ein oder anderen von denjenigen, die die russische Sprache sprechen“ (FAZ 19.3.22). Die „Volksrepubliken“ gehören demnach nicht zur ukrainischen Nation. Nur 3,5 Prozent hatten 2019 dort Ukrainisch als Muttersprache.¹⁴ Faschist zu sein, bedeutet unter anderem, von der Überlegenheit des eigenen Volkes gegenüber anderen auszugehen und deswegen eine Säuberung des eigenen Landes von Volksfremden anzustreben. Und hierzu gab und gibt es ja nicht nur eindeutige Aussagen, sondern auch handfeste Bestrebungen. Gerne wird behauptet, die ukrainischen Faschisten seien ja im Großen und Ganzen seit etlichen Jahren verschwunden. Ja, so wie Faschisten auch öffentlich verschwinden können, wenn sie in Armee oder Administration integriert werden. Die Behauptungen Russlands allerdings, d

ie Ukraine sei ein faschistischer Staat bzw. sie habe eine faschistische Regierung, ist genauso falsch wie die Dämonisierung Putins als Faschisten. Die Ukraine hat eine bürgerliche Regierung, die sich politisch, ideologisch und militärisch maßgeblich auf Faschisten stützt.

Schluss Wir sind für einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen, die die Welt einem friedlichen Zusammenleben aller Völker näher bringen. Grundlage muss das Selbstbestimmungsrecht der Nationen sein.

Nationalistische Feindbilder, die das ausschließen, lehnen wir ab, von welchem Land auch immer sie ausgehen. Welch eine Pest der Nationalismus darstellt, wurde uns im Zerfall Jugoslawiens sehr deutlich vor Augen geführt. Befeuert vom westlichen Destabilisierungsbestreben gipfelte er schließlich in der Bombardierung Belgrads unter deutscher Beteiligung, gerechtfertigt bekanntlich mit einem Lügengebäude¹⁵, das übrigens sehr an die derzeitige Berichterstattung zum Ukraine-Krieg erinnert.¹⁶ So wie wir mit Rosa Luxemburg der Meinung sind, dass es falsch wäre, im Krieg zwischen Imperialisten Partei zu ergreifen, so lehnen wir es auch ab, die Welt in proukrainisch und prorussisch einzuteilen. Wie übrigens der übergroße Anteil der 195 UN-Staaten. Zumal der Charakter eines Stellvertreterkrieges immer deutlicher wird.¹⁷ In Russland wie in der Ukraine herrschen korrupte kapitalistische Oligarchen, die sich auf Kosten der Lohnabhängigen bereichern, seien sie russischer, ukrainischer oder anderer Nationalität. Wir weigern uns, ukrainische Oligarchen russischen Oligarchen vorzuziehen und umgekehrt. Wir erklären uns auch nicht mit deren jeweiligen politischen Repräsentanten solidarisch, die die Völker gegeneinander aufhetzen. Zur propagandistischen Begründung, man müsse mit DER Ukraine solidarisch sein, weil dort doch „unsere Werte“ und „unsere Freiheit“ verteidigt würden, verweise ich auf einen aktuellen Artikel von Brigitte Pick, die ich noch als Leiterin der Rütli-Schule aus der Zeit der Diskussion um die PISA-Studie kenne, hier aber dankenswerterweise die Frage stellt, welche Freiheit in der Ukraine denn verteidigt werde.¹⁸ Und wenn wir Solidarität in der allgemeinen Form mit DER Ukraine ablehnen - mit dem ukrainischen Volk sehen wir uns allerdings solidarisch. Für uns gilt: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.

Quellen:

1 Auch Kiew beherrscht die Kunst der Propaganda, NZZ 30.8.22

2 <https://www.youtube.com/watch?v=gcj8xN2UDKc>

3 <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/klenner.html>

4 www.n-tv.de/politik/Unterstuetzt-Deutschland-die-Falschen-article12549706.html

5 www.welt.de/print/-die_welt/-politik/article126815616/Wer-waren-die-Scharfschuetzen-auf-dem-Maidan.html

6 www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/ostblogger/assoziierungsabkommen-ukraine-100.html

7 www.welt.de/wirtschaft/article125585877/Auch-Timoschenkos-Oligarchen-sind-skrupellos.html

8 www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-korruption-rechnungshof-1.5419576

9 www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-europarat-kritisiert-ermittlungen-zu-strassenschlachten-a-1060987.html

10 www.welt.de/geschichte/article237074367/Die-Geschichte-der-Ukraine-und-wie-Putin-sie-verzeichnet.html

11 https://de.wikipedia.org/wiki/Zur_historischen_Einheit_von_Russen_und_Ukrainern

12 Kerstin Holm, FAZ 18.01.2022, <https://faz.net/-gsf-ak5hp> 13 Kerstin Holm, ebd.

14 <http://www.dw.com/de/donezk-und-luhansk-chronik>

15 vgl. Doku „Deutschlands Weg in den Kosovo-Krieg - Es begann mit einer Lüge, WDR www.youtube.com/watch?v=ZtkQYRlXMNU

16 vgl. Andreas Wehr: Das-Vorbild-Jugoslawien-von-der-Krajina-zu-Donetsk-und-Lugansk-6586119.html

17 Zum ökonomischen Charakter des Ukraine-Krieges von Beginn an s. Jürgen Wagner (IMI) <http://www.agfriedensforschung.de/regionen/Ukraine1/wagner.html> 18 Die Ukraine und die Realität, www.gew-ansbach.de/data/2022/08/Pick_Ukraine_und_die_Realitaet.pdf

1. Oktober Die beiden friedenspolitischen Netzwerke „Kooperation für den Frieden“ und der „Bundesausschuss Friedensratschlag“ riefen zu einem bundesweiten, dezentralen Aktionstag auf.

Unter dem Motto „Keinen Euro für Krieg und Zerstörung! Stattdessen Milliarden für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik! Stoppt den Krieg! Verhandeln statt Schießen!“

<https://www.friedenskooperative.de/aktuelles/dezentraler-aktionstag-der-friedensbewegung-am-1-oktober>

Es gab unterschiedliche Aufrufe auf bundesweiter Ebene für den 1. Oktober, was notwendig war, denn nicht überall stimmten Gruppen oder Menschen dem knapp gehaltenen „Konsensaufruf“ zu. Die BAG GuK unterschrieb den Aufruf mit dem Hinweis, jede Ortsgruppe könne einen eigenen Aufruf verfassen.

Wir verlinken einen Aufruf und mehrere Redebeiträge unserer Mitgliedsorganisationen DFG-VK und Attac:

- Aufruf aus Hamburg von einer Gruppe der DFG-VK:
<https://luebeck.dfg-vk.de/aktionstag-der-friedensbewegung-1-10-22>
- Redebeitrag von Joachim Schramm (DFG-VK NRW) in Köln
<https://www.friedenskooperative.de/aktionstag/Joachim-schramm-k%C3%B6ln>
- Redebeitrag: Ralph Urban, Hamburg, IPPNW- Atomwaffen
<https://www.friedenskooperative.de/aktionstag/ralph-urban-hamburg>
- Christoph Krämer, Berlin, Mitglied IPPNW. Atomkrieg
<https://www.friedenskooperative.de/aktionstag/christoph-kr%C3%A4mer-berlin>
- Redebeitrag von Ingrid Panzelt, IPPNW in München
<https://www.friedenskooperative.de/aktionstag/ingrid-patzelt-m%C3%BCnchen>
- Aufruf/Einladung, Redner*innen, Pressesplitter
<https://www.friedenskooperative.de/aktuelles/dezentraler-aktionstag-der-friedensbewegung-am-1-oktober#zwei>

Redebeitrag von Matthias Jochheim für den dezentralen Aktionstag der Friedensbewegung am 1. Oktober 2022 in Frankfurt

Matthias Jochheim ist bei IPPNW und Attac GuK

<https://www.friedenskooperative.de/aktionstag/matthias-jochheim-frankfurt>

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Bilder vom Krieg in der Ukraine rufen bei mir Erinnerungen an die Kriegs-Ruinen von Häusern wach, die ich in meiner Kindheit noch bis weit in die fünfziger Jahre in unserem Kölner Wohnviertel erlebte, in der Straße, in der wir spielten. Ich denke, viele ältere Menschen in Deutschland werden in diesen Tagen von solchen Erinnerungen und Assoziationen heimgesucht.

Der Krieg in der Ukraine, mit tausenden von Toten und Verwundeten, mit Millionen von Geflüchteten, und mit schweren Schäden an den wirtschaftlichen Grundlagen des Landes ist ein Verbrechen. Wir unterstützen jede menschliche Hilfe für die betroffene Bevölkerung, und auch offene Türen für Soldaten beider Seiten, die aus dem Krieg zu uns fliehen, Das Völkerrecht wurde durch den russischen Einmarsch in gravierender Weise verletzt.

Allerdings hat dieser Krieg eine Vorgeschichte, die leider in unseren Medien viel zu kurz kommt: völkerrechtswidrige Kriege wurden durch NATO-Mächte in den letzten Jahrzehnten bereits in Jugoslawien, in Afghanistan, in Irak und Libyen geführt, mit schlimmen Folgen für die Menschen in diesen Ländern, und für die Wirkungskraft des Völkerrechts. Bezeichnend fand ich, dass Bundeskanzler Scholz zu Beginn des russischen Einmarschs von dem ersten Krieg in Europa sprach, der nach dem zweiten Weltkrieg entbrannte – eine beachtliche Verdrängungsleistung! Eine „Zeitenwende“ hat also schon viel früher stattgefunden. Doppelte Standards, also unterschiedliche Maßstäbe bei der Beurteilung der Verhaltensweisen der Akteure, verhindern die so dringende Verständigung.

Und zur Vorgeschichte des jetzigen Krieges gehört eben auch die Kündigung einer Reihe von Rüstungskontrollabkommen durch die USA, unter anderem des INF-Abkommens zum Verbot der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa - und der Bruch der Zusage, auf eine NATO-Osterweiterung und die Stationierung westlicher Truppen in den früheren Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts zu verzichten.

Nun werden wir auf harte Zeiten in Folge ausbleibender russischer Gaslieferungen vorbereitet. Nicht erwähnt wird meistens, dass diese wesentlich auf die Sanktionen von NATO und EU selber zurückzuführen sind, Beispiel die Gasleitung North Stream 2 ! Und es ist nun ein grüner Energieminister, der die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken vorbereitet! Deutschland wurde unter dieser Regierung Kriegspartei – in einer Konfrontation, die durchaus die Eskalations-Drohung zu einem Atomkrieg einschließt.

Wir fordern:

- Sicherheit neu denken!
 - Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit auch mit Russland ernst nehmen!
 - Abrüstung statt Aufrüstung!
 - Russland zu ruinieren, ist nicht Konzept einer Friedenspolitik - Verhandeln statt schießen!
- Vielen Dank.

Erklärung aus der Friedensbewegung zum Aktionstag „Solidarischer Herbst“ am 22.10.2022

Verhandeln statt schießen! Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit statt Krieg!

Zu lesen unter Ukraine-Initiative - die Waffen nieder! <https://nie-wieder-krieg.org/>

Erklärung von Reiner Braun (International Peace Büro), **Hugo Braun (Attac Koordinierungskreis)**, Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisierung Tübingen – IMI), Ralf Krämer (Sozialistische Linke), Willi van Ooyen (Friedens- & Zukunftswerkstatt Frankfurt/M.), Christof Ostheimer (Friedensaktivist in ver.di), **Peter Wahl (Mitbegründer von Attac)**.

Auch wir sind der Meinung, dass angesichts der Mehrfachkrise - Krieg, Energiekrise, Inflation - und deren sozialen Konsequenzen ein solidarischer Herbst dringend notwendig ist. Deshalb finden die sozialen Forderungen des Aufrufs „Solidarischer Herbst“ unsere volle Unterstützung.

Deutschland wird jedoch immer mehr zur Kriegspartei; nicht nur auf der Seite der Ukraine, sondern auch in einem internationalen Stellvertreterkrieg zwischen Russland einerseits und den USA und deren Juniorpartnern in der NATO andererseits. Wir sind stattdessen mit Willy Brandt der Auffassung, dass Frieden zwar nicht alles, aber ohne Frieden alles andere nichts ist.

Eine solidarische Politik für Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Solidarität mit dem Globalen Süden hat nur dann eine Chance, wenn die Waffen schweigen und sofort Verhandlungen zur politischen Lösung des Konflikts aufgenommen werden. Eine militärische Lösung gibt es nicht.

Acht Monate nach dem russischen Einmarsch sind alle Seiten in der Eskalationsspirale gefangen. Auf jede neue Drehung reagiert die jeweils andere nach der Devise „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Mit Rache und Bestrafen durch immer massiveren Militäreinsatz taumeln wir aber immer näher an den Abgrund einer noch viel größeren Katastrophe, als wir sie jetzt schon haben.

Wirtschaftlich, sozial und ökologisch gibt es in Europa nur Verlierer dieser Eskalation. Die Explosion der Energiepreise ist nicht einfach Folge des Krieges. Die Sanktionen, die der Westen als Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands verhängt hat, sind zu einem historisch beispiellosen Wirtschaftskrieg geworden, der unzählige Unbeteiligte in der ganzen Welt trifft und der seinerseits völkerrechtswidrig ist.

Auch Deutschland ist wirtschaftlich besonders stark betroffen. Das Handelsblatt Research Institute schreibt zurecht in seiner jüngsten Konjunkturprognose, „der Wirtschaftskrieg zwischen Europa und Russland drückt die deutsche Volkswirtschaft gerade in die nächste Rezession“. Und die Deutsche Bank Research schreibt: „Wenn wir in zehn Jahren auf die derzeitige Energiekrise zurückblicken, könnten wir diese Zeit als Ausgangspunkt für eine beschleunigte Deindustrialisierung in Deutschland betrachten.“ Es drohen soziale Verwerfungen, Arbeitslosigkeit und Verarmung von Millionen.

Zudem sind der Ersatz der Gaslieferungen aus Russland durch Flüssiggas - zu einem großen Teil aus Fracking -, sowie die Weiternutzung von Kohle und Atomkraft auch ökologisch schädlich. Die Länder des Globalen Südens leiden besonders unter den steigenden Preisen für Energie,

Nahrungsmittel und Düngemittel, auch weil ihnen Europa das Flüssiggas von den Weltmärkten wegkauft und unbezahlbar macht.

Die 100 Milliarden Euro teure Aufrüstung der Bundeswehr, unter anderem zur Anschaffung atomwaffenfähiger Kampfbomber aus den USA, ist überflüssig, gefährlich und verschwendet Finanzmittel, die dringend für Investitionen zum Klimaschutz und einen sozial-ökologischen Umbau benötigt werden. Schon heute geben allein die europäischen NATO-Staaten fünfmal so viel Geld für Rüstung aus wie Russland, die USA allein mehr als zehnmals so viel.

Die NATO ist Russland bei konventionellen Waffen militärisch weit überlegen.

Europa und die Welt können es sich nicht leisten, dass ein jahrelanger Schieß- und Wirtschaftskrieg die ganze Welt in Krisen und Konfrontation gefangen hält. Die Lösung der großen globalen Herausforderungen – Frieden, Klimaschutz, Entwicklung – geht nur mit Entspannung, einer Politik der gemeinsamen Sicherheit und internationaler Zusammenarbeit.

Notwendig sind daher, Aufrüstung und Wirtschaftskrieg zu beenden und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges verbunden mit Gesprächen über die Wiederaufnahme von Wirtschaftsbeziehungen zu führen.

Die Bundesregierung muss die UN-Resolution, die den Einmarsch Russlands verurteilt, in ihrer Gesamtheit beachten, denn sie fordert auch „nachdrücklich die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel.“

Wir fordern von der Bundesregierung:

- eine sofortige Verhandlungsinitiative statt Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg!
- Abrüsten, sozialen Schutz und Klimaschutz statt Aufrüsten!

Lektüren: Newsletter - Rundbriefe - Hefte - Sammlungen - Analysen - Bildung

Eine Linksammlung: <https://www.icahd.de/category/icahd-newsletter/>

- **BAG-GuK-Newletter:**
<https://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/startseite/newsletter>
- **"Sand im Getriebe" (SiG) informiert über die internationalen (Attac)-Bewegungen.**
SiG 147 erscheint in einigen Tagen, mit u.a. Themen zum Frieden
<https://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite>
- **Friedenskooperative:**
www.friedenskooperative.de/aktuelles/gegen-krieg-und-klimakrise-zusammen-werden-wir-aktiv
- **ZivilCourage / DFG-VK**
<https://zivilcourage.dfg-vk.de>
- **IMI - Informationsstelle Militarisierung**
<https://www.imi-online.de/publikationen/imi-analysen>
- **Wissenschaft und Frieden**
<https://wissenschaft-und-frieden.de>

Termine (ab den 15. Oktober und im November)

<https://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/veranstaltungen/termin-uebersicht>

<https://www.friedenskooperative.de/termine>

Attac Würzburg - Oktober:

<https://www.attac-netzwerk.de/wuerzburg/globalisierungskrieg>

1. Samstag, 15.10.2022, Nürnberg

2. Donnerstag, 20.10.2022, 19:30 – 21:30 Uhr

Der Krieg in der Ukraine: Hintergründe und Entwicklung

Buchladen Neuer Weg, Sanderstraße 23, 97070 Würzburg

Vortrag und Diskussion mit Peter Wahl, attac, Publizist, Gründungsmitglied von attac und WEED

3. Donnerstag, 27. 10. 2022, 19:30 Uhr – 21:30 Uhr

Buchladen Neuer Weg, Sanderstraße 23, 97070 Würzburg

Krieg in der Ukraine - Vor welchen Aufgaben steht die Friedensbewegung?

Thomas Rödl, Sprecher der DFG-VK Bayern, Geschäftsführer vom HVM-Bildungswerk

Alle Veranstaltungen werden mit Video aufgenommen und sind einige Tage später online zu finden auf unserer Internetseite

Rundbrief Attac Würzburg;

Attac Berlin Globalisierung&Krieg

<https://attacberlin.de/ags/gegendenkrieg>

am 1. und 3. Donnerstag im Monat von 18 - 20 Uhr

Mahnwache auf dem Pariser Platz, vor US-Amerikanischer Botschaft und Brandenburger Tor

02. 11., 19 Uhr

Der Krieg, das Klima und die EU

mit Peter Wahl Publizist und Mitbegründer von Attac

Robert-Havemann-Saal im Haus der Demokratie und Menschenrechte Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Die EU gehört schon jetzt zu den Verlierern des Ukraine-Krieges. Ihre Pläne zur „strategischen Autonomie“ sind Makulatur, seitdem die USA ihre Führungsrolle für den Westen wieder gefestigt haben. Und das nicht nur beim Thema Russland, sondern auch gegenüber China. Gleichzeitig ist die EU von den Auswirkungen des Wirtschaftskrieges in aller Härte betroffen. Statt Vorreiter im Kampf gegen die Klimakatastrophe zu sein, gibt es eine Renaissance von AKWs und fossilen Brennstoffen. Vortrag und Diskussion über diese Zusammenhänge, ihre Hintergründe und emanzipatorische Alternativen

BAG Attac GuK unterstützt Demonstration und die Aktion am 22. Oktober 2022, 12 Uhr in Nörvenich: Atomkriegsmanöver Steadfast Noon 2022 absagen!

Wir möchten Euch bitten, an der Demonstration gegen das Atomkriegsmanöver der NATO, das auch 2022 wieder mit den USA und den nuklearen Teilhabestaaten europaweit stattfinden soll, teilzunehmen und für diese Demo in Euren Kreisen zu werben! In dieser Mail findet ihr alle wichtigen Infos zum Aufruf, der Anreise und Ablauf sowie Redebeiträgen & Musik. Den Aufruf mit der Bitte um Weiterverbreitung findet Ihr in folgendem Link und als Anhang, bitte per Mail weiterverbreiten und/oder ausdrucken und verteilen!

<https://www.friedenskooperative.de/aktuelles/buendnis-ruft-zu-aktionstag-am-19-november-2022-auf>

Aufruf:

https://www.friedenskooperative.de/sites/default/files/flyer_atomkriegsmanoever_absagen_hq.pdf

Mit der Demonstration werden folgende Forderungen vertreten:

- Absage der Beteiligung der Bundeswehr am Atomkriegsmanöver „Steadfast Noon“
- Beendigung der nuklearen Teilhabe und Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag
- Ein Ende der nuklearen Drohungen und ernsthafte Abrüstungsinitiativen der Atomwaffenstaaten

Bundesweite Aktions- und Gedenktage im Oktober, November und Dezember

22. Oktober

Verhandeln statt schießen! Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit statt Krieg!

Erklärung aus der Friedensbewegung zum Aktionstag am 22.10.2022 (siehe oben)

<https://www.attac.de/veranstaltungen/event/termin/default-34e4dbe550>

19. November – bundesweiter Aktionstag

dezentralen Aktionstag für Frieden und ein gutes Leben für alle am 19. November 2022

<https://stoppt-das-toeten.dfg-vk.de>

13. November – Volkstrauertag – Was tun?

Mahnen gegen den Krieg / Gedenken an Opfer durch Kriege, Soldaten töten und werden getötet usw....

10. Dezember - Tag der Menschenrechte – internationale rGedenktag

https://de.wikipedia.org/wiki/Tag_der_Menschenrechte

10. Dezember – Verleihung des Friedensnobelpreis

Die Auszeichnung wird seit 1901 jedes Jahr am Todestag Alfred Nobels, dem 10. Dezember, in Oslo verliehen.

In Planung:

Videokonferenzreihe der BAG GuK

Ein Diskussionsanregung von Anette

Klasse – Expansion – Krieg

Wir leben alle im selben System - im Kapitalismus, ein System zu dem die Konkurrenz gehört, nicht nur unter Kapitalisten, sondern auch zwischen den Staaten. Deshalb gehört auch der Krieg zum Kapitalismus. Im Jahr 2021 gab es 28 Kriege und bewaffnete Konflikte. In all diesen Kriegen ging und geht es um die Interessen der jeweiligen herrschenden Klasse oder um Konflikte um die Herrschaft.

Das ist bei dem russischen Angriff auf die Ukraine nicht anders. Er liegt nicht im Interesse der russischen Bevölkerung, aus deren Reihen ihre Söhne und Väter in den Krieg ziehen müssen.

Der russische Imperialismus ist nicht ohne Rivalität zwischen den Großmächten zu verstehen. Manöver an den jeweiligen Grenzen der Gegner sind zugleich Macht- und Drohgebärden. Den USA - bestimmend in der NATO – geht es um die Beibehaltung ihrer schwindenden hegemonialen Macht. Der deutsche Imperialismus ist an die USA gebunden und strebt zugleich im Rahmen der EU nach einer eigenen Machtposition innerhalb der Großmächte. Dem dient auch das gigantische Aufrüstungsprogramm.

Der sogenannte Westen nutzt für die Durchsetzung seiner Interessen nicht nur Kriege, sondern hat aufgrund seines ökonomischen Potenzials auch die neoliberalen Druckmittel zur Verfügung. Verschuldete Staaten werden für Kreditfreigabe zu Strukturanpassungsprogrammen – Privatisierung, Knebelverträge, Öffnung zum Weltmarkt – gezwungen. So werden z.B. auch je nach dem Verhältnis zu den USA bestimmte Gruppierungen mit finanziellen Mitteln bedacht, um politische Umstürze zu unterstützen oder Länder durch Sanktionen geschwächt – wie schon seit Ewigkeiten Kuba.

Die NATO ist zweifelsohne das stärkste Militärbündnis der Welt, deshalb Russland einfach nur als Opfer zu sehen, heißt jedoch, sich nicht mit den Verhältnissen im Land auseinanderzusetzen.

In Deutschland übernahm nach 1990 die Treuhand die Aufgabe, das DDR-Vermögen „friedlich und gesetzestreu“ zu verschern. In Russland und auch in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken geschah die Aneignung entsprechend robuster – mafiöser und nicht ohne Kalaschnikow.

Erst unter Putin gelang es, dem immens zerstörerischen Gegeneinander ein Ende zu setzen. Es entstand eine Form des Kapitalismus unmittelbarer politischer und ökonomischer Verflechtung (Oligarchensystem).

Diesem System gelang es nicht, die ökonomische Rückständigkeit zu überwinden und es war zugleich charakterisiert durch die Unterdrückung oppositioneller Kräfte, verschärft seit dem Februar 2022. Es blieben vor allem zwei starke Potentiale: der militärisch industrielle Komplex einschließlich Atomwaffen und die Rohstoffe Öl und Gas. Die Krise im Innern und das Nichtabfinden mit dem Verlust einstiger Territorien und dem Abstieg im geopolitischen Kräftespiel führte letztendlich zum Krieg in der Ukraine.

Die sich zuspitzende Rivalität imperialistischer Mächte führt zu einer Instabilität im geopolitischen Ränkespiel und erhöht die Gefahr für eine Entgrenzung des Krieges - auch mit Nuklearwaffen.

Plakate zu Veranstaltungen

Der Krieg in der Ukraine

20.10.22 - Hintergründe und Entwicklung

27.10.22 - Vor welchen Aufgaben steht die Friedensbewegung?

20. Oktober 2022

19:30 – 21:30 Uhr

Buchladen Neuer Weg

Sanderstraße 23, 97070 Würzburg

Krieg in der Ukraine

Hintergründe und Entwicklung

Vortrag und Gespräch mit

Peter Wahl, attac

Publizist, Gründungsmitglied von attac und WEED

27. Oktober 2022

19:30 Uhr – 21:30 Uhr

Buchladen Neuer Weg

Sanderstraße 23, 97070 Würzburg

Vor welchen Aufgaben steht die Friedensbewegung?

Vortrag und Gespräch mit

Thomas Rödl, Sprecher der DFG-VK Bayern

Referent, Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk

Veranstalter: DFG-VK Würzburg / Attac Würzburg und UnterstützerInnen

www.wuerzburg.dfg-vk.de / www.attac-netzwerk.de/wuerzburg

Präsenzveranstaltung / Videos der Vorträge werden einige Tage nach den Veranstaltungen veröffentlicht und sind zu finden unter den Links der DFG-VK Wü und Attac Wü



Der Krieg, das Klima und die EU

Die EU gehört schon jetzt zu den Verlierern des Ukraine-Krieges. Ihre Pläne zur „strategischen Autonomie“ sind Makulatur, seitdem die USA ihre Führungsrolle für den Westen wieder gefestigt haben. Und das nicht nur beim Thema Russland, sondern auch gegenüber China.

Gleichzeitig ist die EU von den Auswirkungen des Wirtschaftskrieges in aller Härte betroffen. Statt Vorreiter im Kampf gegen die Klimakatastrophe zu sein, gibt es eine Renaissance von AKWs und fossilen Brennstoffen.



Vortrag und Diskussion
über diese Zusammenhänge,
ihre Hintergründe
und emanzipatorische Alternativen

mit **Peter Wahl**
Publizist und
Mitbegründer von Attac